Zeitschrift: Frauenbestrebungen
Herausgeber: Union für Frauenbestrebungen (Zürich)
Band: - (1917)
Heft: 2

Artikel: Das Nationalitäten-Problem
Autor: Quervain, E. de
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-326325

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Das Nationalitäten-Problem.*)

Es ist eine brennende Frage geworden, die, wenn sie ihrer Lösung entgegengeführt wird, die Friedenssache mächtig wird fördern helfen. Bis dahin aber bildet auch sie eine ständige Brutstätte der kriegerischen Gefahr.

Wie entstehen Nationalitäten? Die Frage müsste beantwortet werden durch den Nachweis der dabei wirksamen Faktoren geographischer, biologischer, ethnographischer und ethnologischer Natur. Für unsern Zweck möge die Feststellung genügen, dass innerhalb des Völkerlebens die Erscheinung, die wir mit dem Ausdruck „Nationalität" zusammenfassen, mit einer Ausgeprägtheit auftritt, wie ein Naturphänomen, so dass wir uns schlechthin damit auseinandersetzen müssen. Es ist eine Tatsache, dass eine Anzahl Völker da sind, die ihre Nationalität in irgend einer Form zur Geltung bringen möchten und es nicht können.

Das Phänomen ist so alt wie die Geschichte selbst. Es taucht immer als eine Reaktion gegenüber dem Imperialismus und militärischen Ambitionen auf. Eroberung hat selbständige Nationen in neue, oft heterogene Staatenkörper eingeschlossen. Wiederum ist es das Prinzip der Macht, der äussern Geschlossenheit eines solchen Staatskörpers, wenn einer unterworfenen Nationalität neben der äussern Selbständigkeit auch die Möglichkeit der freien Entfaltung ihrer Eigenart genommen wird.

Es ist nötig, uns einige konkrete Beispiele zu vergegenwärtigen, in denen die Frage lebt.

Da ist Polen, nach dem Wiener Kongress im Jahr 1815 endgiltig unter seine grossen Nachbarn Deutschland, Österreich, Russland aufgeteilt, mit denen es sich nicht assimilieren kann. Es hat aber nicht nur aufgehört ein eigener Staat zu sein, sondern wird von Ausnahmegesetzen, die ihm die freie Übung der Muttersprache in Schule, Verwaltung, Gericht untersagen, bedrängt und gedemütigt.

Böhmen, einst ein blühendes Königreich mit reicher Kultur und sogar einer eigenen Reformation hundert Jahre vor der Lutherischen und Calvinischen, hat als habsburgisches Kronland seine Selbständigkeit verloren, aber unter Jahrhunderte langen innern Kämpfen die alten Traditionen und die alten Hoffnungen festgehalten. — Ähnlich liegen die Verhältnisse in Finnland seit seiner Abtrennung von Schweden und der Vergewaltigung seiner eigenartigen Kultur durch Russland.

Wird in den genannten Ländern auf völlige Freiheit nach dem Kriege gehofft, so wünschen eine Reihe anderer, losgetrennter Nationen nichts anderes, als Anschluss an ihr Mutterland. Dies gilt von den Italienern Österreichs, den Rumänen in Ungarn, den Serben Bosniens und der Herzogewina, den Bulgaren Süd-Macedoniens. — Wieder andere würden in der Autonomie die Bedingungen ihrer nationalen Entwicklung finden. Zu ihnen gehören die Baltischen Provinzen.

Eine besondere Stellung scheint Elsass-Lothringen einzunehmen. Es kann da nicht von einer Nationalitätenfrage die Rede sein. Vielmehr werden die Grenzlande, die bisher immer von einer Hand in die andere gegangen sind, solang eben Nachbarstaaten Feinde sind, darunter leiden müssen.

Gibt es nun einen Ausweg aus diesem Wirrwarr von Interessenkonflikten? — Diese Frage kann wohl in grossen Umrissen bejaht werden, ohne dass es möglich ist, einen konkreten und detaillierten Plan dieser neuen Politik zu entwerfen. Jeder Fall verlangt eine eigene Behandlung je nach dem ökonomischen und kulturellen Gewicht der Nationalität. Wenn vielleicht eine konsequente Durchführung des Nationalitätsprinzips in Böhmen mit seinem mächtigen Universitätsintellektualismus und seinem bodenständigen Adel angezeigt wäre, würde sie für Belgien z. B. eine Zerstückelung der Unterrichts-, Verwaltungs- und Gerichtsorganisation bedeuten. Die grössern, auf das Ganze sich beziehenden Rücksichten würden zurückgedrängt, lokale, kleinliche Interessen den Sieg davontragen. — Offenbar muss man ganz anders vorgehen dort, wo man Bauern gegenüber steht, als dort, wo sich ein industrielles Proletariat ausgebildet hat, anders, wo alte kulturelle Tratitionen da sind, und wieder anders, wo solche fehlen, anders, wo es sich um einige tausend, als wo es sich um Millionen Menschen handelt.

Doch können als allgemeine Formel drei Sätze aufgestellt werden.

1. Durch möglichste Demokratisierung des staatlichen und des gesellschaftlichen Lebens wird die Sache der Nationalitäten und zugleich des Friedens mächtig gefördert. Demokratisierung des Parlaments und Selbstverwaltung mildern den Nationalitätenhader.

2. Als logische Folge stellt sich die Forderung ein, dass man den einfachen Bedürfnissen der grossen Volksmassen in ihrer Muttersprache entsprechen soll: also in der Muttersprache lehrende Volksschulen; Gerichte und Behörden, die in Wort und Schrift der Volkssprache vollkommen mächtig sind. Der Erfolg wird sein, dass die Nationalitäten auch die Sprache des Staates gerne erlernen werden, die ein Band ist, das sie mit der gemeinsamen Kultur aller mit einander lebenden Völkerschaften verbindet.

3. Der Staat soll nicht nur das Recht jeder Nation, ihre Sprache frei entwickeln zu dürfen, anerkennen, sondern von sich aus dem Recht praktische Folgen geben. Wie, um ein kleines Beispiel anzudeuten, im Kanton Graubünden die in ihrer Mehrzahl deutsch-schweizerische Behörde alles tut, um die romanische Sprache zu erhalten.

Diese Forderungen bedeuten ein minimales Programm, das durch umsichtige, sozial wohlwollende Politik erweitert werden kann.

Eine solche Politik wird immer verstehen, worum es sich handelt, ob die Forderungen soziales Interesse verdienen oder nicht. Aber sie wird auch ideellen und rein ästhetischen Ansprüchen Rechnung tragen. Wie die Blumen auf dem Felde jede in ihrer Art Interesse und Schutz beanspruchen, so möchte man jeder Variante einer Volksgemeinschaft ihre Existenz recht gesichert sehen, im Sinne des Naturschutzes. Auch da, und da nicht zum Mindesten, ist Vielgestaltigkeit Reichtum, Vereinheitlichung bedeutet Verarmung.

Es kann nicht anders sein, als dass auch Einwände gegen die scheinbar so einfache Lösung der Nationalitätenfrage erhoben worden sind. Der eine Einwand ist der, sie führe selbst letzten Endes wieder zum Imperialismus zurück. Es wird darauf hingewiesen, dass in Deutschland, Frankreich, Italien, wo die Freiheit der Nationalität befestigt ist, die Nationalisten den imperialistischen Parteien angehören. So kommt es, dass sich die einen gegen den Unterdrücker zur Wehr setzen, die andern selbst zu Unterdrückern werden, beide im Namen ihrer Nationalität. Ein zweiter Einwand lautet: der Nationalismus sei jedenfalls von vorneherein ein Feind des Internationalismus. Dem gegenüber kann geantwortet werden, dass sich die Nationen von selbst andere Ziele setzen werden, sobald ihr Recht anerkannt sein wird und die Staaten nicht mehr in der Macht ihre einzige Stärke sehen.

Wir dürfen hier vielleicht auf den Ausgleich der vier in der Schweiz lebenden Nationalitäten hinweisen, bei denen Ausdehnungsgelüste auf Kosten der andern so gut wie ganz fehlen.

Wenn aber die Nationalitätenfrage auf scheinbar einfache Weise gelöst werden könnte, warum ist man ihr denn auf den Friedenskongressen von Wien, Frankfurt, Zürich, Bukarest so

*) Das Referat, das in der Zürcher Gruppe der Frauenvereinigung für dauernden Frieden gehalten wurde, lehnt sich meistenteils an die von der „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden" publizierten, für den Internationalen Studien-Kongress in Bern über dieses Thema ausgearbeiteten Vorträge von M. J. Gabrys (Paris), Dr. Oskar Jaszi (Budapest) und Charles Roden Buxton (London).

scheu aus dem Wege gegangen? Was soll eine Politik, wie die Preussens in Posen, wie die Russlands gegenüber den Juden, um nur ein Beispiel unter vielen hervorzuheben? — Die einzig mögliche Antwort darauf scheint die zu sein: Der Grosstaat hatte bisher kein Interesse an der Beilegung des Konfliktes. Im Gegenteil gibt er scheinbar einen Teil seiner Macht preis, sobald er die unterdrückten Nationen frei gibt.

Angesichts dieser Tatsachen war zu erwarten, dass gleich mit Beginn des Krieges die unterdrückten Nationen ihre alten Wünsche wieder laut werden liessen, und dass die Pazifisten die Beseitigung der Zwistigkeiten auf ihr Programm genommen haben. Zwei Nationalitäts-Konferenzen fanden im Juni und Juli letzten Jahres in Paris und eine dritte im November in Lausanne statt.

Diese Konferenzen sollten eine Erklärung der Rechte der Nationen ausarbeiten, wie sie einst dem Friedenskongress unterbreitet werden könnte, und eine Formel finden, die dem internationalen Recht eingefügt werden könnte.

Die Vorarbeiten wurden in der Weise begonnen, dass auf Karten die Minimal- und Maximalwünsche der Nationen schematisch aufgetragen wurden. Es wurden ferner Listen aufgestellt, die Aufschluss geben über Bevölkerungszahl, über kulturelle Leistungen, z. B. was für Schriftsteller, Gelehrte aus dem Volke hervorgegangen sind, und welche ihrer Werke in einer der internationalen Sprachen abgefasst waren. Die geographische Lage jeder Nation, ihre klimatischen Bedingungen, Bodenerzeugnisse, Industrie, Verkehrsmittel, militärische Verteidigung, alles wurde zu Protokoll gebracht. An Hand dieser Vorarbeiten wurden schliesslich sechs Artikel ausgearbeitet, die die prinzipiellen Forderungen der unterdrückten Nationalitäten darstellen, und die am Friedenskongress vorgelegt werden sollen.

Wie kann nun die Frage praktisch einer Lösung entgegengeführt werden?

Eine erste Regung, die sich an den Platz eines Unterdrückten stellt, sagt ihm, dass er sich selber helfen will. In dieser Hinsicht gab es wirklich eine gute alte Zeit, in der das noch möglich war. Damals verstand der Kleine, Mutige, Flinke den ungeschlachten Riesen, der ihn erdrücken wollte, noch zu besiegen, besonders wenn er sich, wie wir einst in der Schweiz, an eine schützende Bergeswand lehnen konnte. Aber wir müssen gestehen, dass die Zeiten mehr und mehr der Vergangenheit angehören, denn auch die Riesen sind heute flink geworden. Und auch die verzweifelten Dolchstösse oder Schüsse von Tyrannenmördern kommen nicht gegen sie auf.

Dass auf den guten Willen der Diplomaten, die bisher die Völkergeschicke immer wieder entschieden haben, nicht gezählt werden kann, hat die europäische Geschichte zur Genüge gezeigt. Allerdings könnte man auch da, ohne Optimist zu sein, ein Neues kommen sehen und, wie schon angedeutet, würden die Konsequenzen einer zwischenstaatlichen Organisation, von der ja jetzt auch an verontwortlichen Diplomatentischen mit der Geste heiliger Versprechen gesprochen wird, auch den Nationalitäten den Anfang einer neuen Zeit bringen.

Eine Hilfe, deren Wirkung aber zeitlich schwer einzuschätzen ist, kann ihnen aber auch die öffentliche Meinung bringen. Zu dieser trägt jedermann bei. Er sollte allerdings zuerst selbst eine eigene Meinung haben, und diese wollen wir uns hier bilden und dies nicht nur zur Begründung von Resolutionen, die wir selbst unterschreiben helfen, sondern vielleicht in viel wirksamerem Sinn als Erzieherinnen einer neuen Generation auf eine neue Zeit.

Es ist uns hier vielfach ein bestimmender Einfluss in die Hand gelegt auf das, was diese neue Generation über die Bestimmung von Menschen und Völkern denken oder, tiefer gesagt, empfinden wird.

In diesem Zusammenhang der Gedanken wird es uns schliesslich auch klar, dass eine Erziehung auf das Nationale hin, auf die Ästhetik der Mannigfaltigkeiten, welche die Menschen von einander trennen, doch höchstens das zweitbeste ist, was der heranwachsenden Generation eingeprägt werden kann. Das allgemein Menschliche, Verbindende ist bei Vertretern noch so eigenartiger Nationen so sehr viel wichtiger und stärker, als das Unterscheidende, dass wir jeder nationalen Kultur, die nicht diese Erkenntnis auch entwickelt und in ihr über sich selbst hinauswächst, wie einer Giftpflanze den Platz an der Sonne absprechen müssen. E. de Quervain.

Das Frauenstimmrecht im Basler Grossen Rat.

In den „Kleinen Mitteilungen“ der letzten Nummer der „Frauenbestrebungen“ war der Satz zu lesen: Basel. Im Grossen Rat ist eine Motion auf Einführung des Frauenstimmrechts mit 61 gegen 45 Stimmen abgelehnt worden. Die Vereinigung für Frauenstimmrecht, Basel und Umgebung ist den Leserinnen der „Frauenbestrebungen“ einen Bericht schuldig über die Bewegung und die Tätigkeit, die durch diese Motion in ihrem Kreise hervorgerufen wurden, sowie über die Behandlung, die sie im Grossen Rat erfuhr. Sie erfüllt die Pflicht, die ihr darin obliegt, um so lieber, als sie die Arbeit, die die „Frauenbestrebungen“ gerade für die radikalste aller dieser Bestrebungen, für das Stimmrecht, leistet, wohl zu schätzen weiss.

Schon vor Kriegsausbruch, also 1914, hatte Dr. Franz Welti im Namen der sozialistischen Grossratsfraktion eine Motion zugunsten des Frauenstimmrechts eingebracht. Unter dem Druck der Ereignisse, die nach dem 1. August 1914 Sinnen und Denken Aller vollauf in Anspruch nahmen, hatte er sie zurückgezogen. Vom Standpunkt der Basler Frauen aus war das zu begrüssen. Sie hatten sich mit der Frage des Frauenstimmrechts noch verhältnismässig wenig befasst, hatten nicht einmal eine Vereinigung gegründet, um die Stimmrechtsforderung mit Nachdruck geltend machen zu können. Aber die grosse Zeit arbeitete auch an ihnen; sie lenkte ihre Blicke auf Grosses und lies sie mehr denn je mit angreifen, wo es für das Gemeinwohl zu arbeiten galt. Dass sie dabei ihre Stellung zum Staat und zum politischen Leben mit andern Augen betrachten lernten, ist eine logische Folge ihrer Arbeit und ihres Erlebens. Es brauchte nur eines kleinen Anstosses, um diejenigen, die für das Problem der Frau im öffentlichen Leben besonderes Interesse hatten, zu sammeln. Dieser Anstoss wurde gegeben durch einen Vortrag über „Les femmes et la guerre“ von Fräulein Gourd, den einige Frauenvereine gemeinsam veranstalteten. Die junge Vereinigung, die sich daraufhin bildete, dachte nicht, dass sie gleich vor eine grosse Aufgabe gestellt wurde. Sie hatte sich für den Anfang stille, aber intensive Aufklärungsarbeit zum Ziel gesetzt, eine Aufgabe, die um so nötiger erschien, als die Freunde des Frauenstimmrechts sich als kleine Schar vorkamen, verschwindend klein im Verhältnis zu der Menge, die der Forderung gleichgiltig oder gar feindlich gegenübersteht. Deshalb war mehr Bestürzung als Freude in unsern Reihen zu finden, als wir Ende Oktober vernahmen, Dr. Welti habe seine Motion wieder eingebracht. Wir waren noch so wenig darauf vorbereitet, eine wirkungsvolle Aktion zu unternehmen. Und doch wussten wir: was in unsern Kräften stand, musste geschehen. Und zwar mussten wir eilig zu Werke gehen, denn von einer Grossratssitzung zur andern erwartete man die Behandlung der Motion. Auf den 27. November beraumten wir eine öffentliche Versammlung an. Unsere Pressekommission tat ihr Möglichstes, zu ihrem Gelingen beizutragen, indem sie durch Artikel über das Frauenstimmrecht, die sie an die Tagesblätter sandte, Interesse zu wecken suchte. — So fanden wir am 27. November den grossen Saal des Bernoullianums gedrängt voll Zuhörer. Fräulein Schaffner und Dr. Welti teilten